

# Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint mit täglichen Beilagen, Musik-Beilagen, „Arbeiterfreund“ sowie „Welt u. Zeit“. Inverlangt eingehenden Manuskripten ist stets das Adressvermerk beizufügen. Das „Volksblatt“ ist das Publikationsorgan der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtlichen Organ verschiedener Behörden. — Schriftleitung: Hans 4246, Holzstraße zwei Treppen, Fernsprech-Anschluß 4697. Vertriebs-Anstalt: mittags von 12 bis 1 Uhr.

**Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg**

**Bezugsbedingungen:** Der Bezugspreis beträgt monatlich 2,- Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abnehmer 1,80 Mark. Postbezugspreis monatlich 2 Mk. ab Postamt od. Postboten ungeteilt 2,40 Mk. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,80 Mk. Anzeigenpreis 12 Pfg. im Anzeigen- und 60 Pfg. im Anzeigenteil b. 11 Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Hans 4244, Fernruf 4605. — Zweigstelle: Gr. Ulrichstraße 27. — Postfachkonto 20319, Erfurt.

## Im Generalfreist.

**Arbeitseinstellung auf sämtlichen englischen Gruben. / Stilllegung des gesamten Eisenbahnverkehrs. / Die kopflose Regierung mobilisiert das Militär. / Die deutschen Bergarbeiter und die Bergarbeiter-Internationale zur Hilfe bereit.**

### Die grundsätzliche internationale Bedeutung.

#### Das Hauptquartier.

London, 4. Mai. (Nationalmeldung.) Der Generalfreist hat um 12 Uhr nachts eingesezt, nachdem auch die in den letzten Abendstunden noch einmal aufgenommenen Besprechungen zwischen der Regierung und den Vertretern des Generalrats der Gewerkschaften sich zerfallen hatten. Der Generalrat der Gewerkschaften verließ mit der Erlaubnis der Bergarbeiter das Unterhaus, um sich nach dem Hauptquartier der Gewerkschaften zu begeben. Die Arbeiterpartei hat ihre Verwaltungsgebäude und ihre gesamten Angestellten dem Generalrat auf die Erschließung zur Verfügung gestellt.

Nach Abschluß der Unterhausverhandlungen spielten sich vor dem Parlamentsgebäude eindrucksvolle Szenen ab. Eine große Menge hatte sich versammelt und begrüßte die Arbeiterabgeordneten mit Schreien, während bekannte konservativ-Abgeordnete mit Pfeifensätzen empfangen wurden. Von der Menge wurde das Lied der Arbeiterpartei „Die rote Fahne“ angestimmt.

Der große Auspruch im Unterhaus wachte auch der Herzog von York, der zweite Sohn des Königs sowie eine Abordnung der Bergarbeiterinternationale unter Führung von Hoeges bei. Der Prinz von Wales ist aus Biarritz nach England zurückgekehrt worden. Auf dem Bahnhallen hat ein großer Massenandrang eingesetzt, da alle Fremden so rasch wie möglich London und England zu verlassen suchten.

Die Gewerkschaft der Eisenbahner hat angekündigt, daß um Mitternacht der gesamte Zugverkehr eingestellt wird, doch soll die Bedienung auf den Bahnhöfen aufrechterhalten werden. Der Abschluß der Londoner Markthallen hat die Lebensmittelpreise vom letzten Freitag als Höchstpreise erklärt. Die Regierung hat am Montagabend eine Verfügung erlassen, in der die Lebensmittelhändler aufgefordert werden, keine Anträge auszufahren, die einer Hauserei vorzuziehen gleichkommen. Einwilligen verhält sich die große Masse des Biergenusses ziemlich ruhig und unterläßt lautstärkenden Protest. Man verläßt sich, zumal jede Erfahrung fehlt, auf das Wirken der Technischen Nothilfe.

#### Zur Hilfe bereit.

**Aufruf des Deutschen Bergarbeiterverbandes.**

Wohum, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Das offizielle Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die „Bergarbeiter-Zeitung“, veröffentlicht einen Aufruf, in dem es heißt: „Getreu dem Brüsseler Beschlusse, daß für den Fall eines Kampfes in England zunächst internationale Maßnahmen getroffen werden, um den Transport von Kohle nach Großbritannien zu verhindern, wird der Bergarbeiter-Verband alles tun, was in seiner Kraft steht, diesem Beschlusse Rechnung zu tragen. Er hat sich zu diesem Zwecke mit dem Allgem. ein. Deutschen Gewerkschaftsbund und mit den anderen für diese Zwecke in Betracht kommenden Verbänden in Verbindung gesetzt und wird mit diesen die zu treffenden Maßnahmen beraten. Zutreffenden müssen aber auch die deutschen Bergarbeiter das ihrige tun, um den englischen Kameraden zu helfen, besonders wenn das, was von ihnen verlangt wird, in ihrem eigenen Interesse liegt.“

Im Interesse der deutschen Kameraden liegt die Verlegung der Arbeitseinstellung, die gegenwärtig in großem Umfange gemacht werden, trotzdem wir in den letzten Monaten dreieckige Millionen und mehr Reichsmark und Geldbestände von 7 bis 8 Millionen Tonnenn allein im Ausgabebereich hatten. Kameraden, wehrt Euch gegen jeden Versuch, auch Überwinden im eigenen Lande und zugleich die Schwerlasten der englischen Kameraden. Wehrt im übrigen das Ercheitnis der Verhandlungen der zuständigen Organisationen ab! Wehrt die Einmischung Unberufenen in diese Fragen zurück und laßt Euch von keiner Seite zu unbefonnenen Schritten hinführen!“

Die SPD. entwickelt aus Anlaß des englischen Bergarbeiterstreiks unter der Aufrufarbeiterschaft eine lebhaft propagandistische Arbeit im vom sogenannten Zentralkomitee der Internatio-

nenen Arbeiterschaft erfassener Aufruf, der zur Unterstützung der englischen Arbeiterschaft dienen soll, beschränkt. Der Aufruf ist jedoch ohne Wissen und gegen den Willen der englischen Bergarbeiterorganisation und der Bergarbeiter-Internationale erlassen. Der Bergarbeiterverband erhebt die Sammelstellen der SPD. zurückzuziehen und den Unterstützungsaufruf der deutschen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen abzuwachen.

#### Die Durchführung der Brüsseler Beschlüsse.

Wohum, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Der Bergarbeiterverband wird mit den in Frage kommenden Organisationen in den nächsten Tagen zusammentreten, um über die Durchführung der Brüsseler Beschlüsse des Exekutivkomitees der Bergarbeiterinternationale zu verhandeln. Die Brüsseler Entscheidung sieht u. a. die Verhängung der Kohlenzufuhren nach England vor. Aus dem Verlauf der Brüsseler Beschlüsse, die übrigens in der von den englischen Vertretern im Ausführenden Ausschusse vorgeschlagenen Fassung angenommen worden ist, erhebt sich aber die Frage, daß auch die Nachlieferung nach den englischen Märkten nicht ist. Die Frage einer internationalen Ersatzlieferung steht im Augenblick noch nicht zur Debatte. Sie wird erst auf, wenn eine Mitteilung von englischer Seite um Einleitung einer internationalen Solidaritätsaktion erfolgt. In diesem Falle wird zunächst der Ausschuss der Bergarbeiterinternationale einberufen werden, der über die notwendig erachteten Maßnahmen weiter beschließen wird.

#### Die Gegenmaßnahmen der englischen Regierung.

**Der kopflose Ministerpräsident. / Lloyd George rät der Regierung zu vermitteln.**

London, 4. Mai. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung hat am Laufe des Montag einen Aufruf an die Bevölkerung gerichtet, sich den Notorganisationen zur Verfügung zu stellen. In London wurden ebenfalls auf Anordnung der Regierung Militärposten für den Sicherheitsdienst eingesetzt. Sämtliche Arbeiter in der Armee wurden zurückgerufen und die Truppen haben Weisung erhalten, sich mobilbereit zu halten. (1) Der Postdienst ist einseitig, Paket- und Briefdienstleistungen sind eingestellt. (2) Insekten sollen zur Bekämpfung der Viehplage und verderblicher Nahrungsmittel mehr als 100 Flugzeuge zur Verfügung gestellt werden. Außerdem hat die Regierung einen ungenutzten Antarkark mit der Zentrale in London eingerichtet, der ausschließlich für den Nahrungsmitteltransport dienen soll.

Der Generalrat der Gewerkschaften hat an die Mitglieder die dringende Weisung herausgegeben, keinen Anordnungen, die die Regierung durch Rundfunk ergehen läßt, Folge zu leisten und letztlich die durch die Gewerkschaften übermittelten Weisungen zu befolgen.

Am Montag wurde der Schwerpunkt der Ereignisse in die Nachrichten verlegt. Als Baldwin kam, berichteten ihm die Kameraden eine hitzige Debatte. An seiner Rede sagte er nichts Neues. Das Entscheidende seiner Ausführungen war die Wiederholung der Feststellung, daß die Regierung unter der Drohung des Generalfreist nicht verhandeln könne. Baldwin machte den Eindruck eines Mannes, der infolge Überarbeitung am Ende seiner Kräfte steht. Seine maßlose Erregung über die Verhinderung der Kohlenzufuhr, wie die Stilllegung der „Daily Mail“ durch die Arbeiter, werden in den Kreisen des Parlaments dabei abgelehnt, daß der Ministerpräsident völlig den Kopf verloren hat.

Die Stellung des Unterhauses erreicht einen in der Geschichte des britischen Parlaments selten verzeichneten Höhepunkt, es der wegen seiner außerordentlichen Bekanntheit Führer der Eisenbahner, Thomas, im Namen der Arbeiterpartei die Aktion der Gewerkschaften vertrat. Er betonte den absoluten politischen Charakter des Streiks und wies die Behauptungen konservativer Kreise zurück, daß Baldwin seine Hand im Spiele habe. Schließend wies er den demotivierenden Charakter des Vorgehens der Gewerkschaften nach. Als Thomas wieder dabei, fand das gesamte Haus im Sinne seines meißerhaften Vabüßers für den Frieden. Lloyd George, der darauf das Wort ergriff, hielt eine von dauerndem Beifall der Arbeiterpartei begleitete Rede, die eine klare moralische Stellung des Staatsrates der Arbeiterpartei bedeutet. Er schloß mit dem Appell an die Regierung, nach in letzter Stunde vermitteln einzutreten.

(Siehe auch Seite 2.)

#### Warum Generalfreist?

Die englische Arbeiterschaft steht in diesen Tagen in einem Kampf von gewaltigem Ausmaß. Es handelt sich um eine Auseinandersetzung, deren Ausgang für die ganze europäische Wirtschaft und insbesondere für die schiffbauische Arbeiterschaft von größter Bedeutung sein wird.

Die Ursachen des jetzigen Konflikts liegen weit zurück. Vor fast einem Jahre schon drohte der Ausbruch eines großen Kampfes im Bergbau, der im letzten Augenblicke durch die englische Regierung verhindert wurde. Sie entschloß sich damals, bis zum 1. Mai 1926 den britischen Bergbau in der Art zu inaktivieren, daß die Differenzen zwischen den Bergarbeitertarifverträgen und den von den englischen Unternehmern tatsächlich gezahlten niedrigeren Löhnen aus öffentlichen Mitteln gebedt wurden. Diese Regelung bedeutete für die englischen Bergbauergesellschaften eine ganz erhebliche Entlastung des Lohnkontos, so stellt sich die von der Regierung geleistete Kohlenzufuhr als ausgesprochene protektionistische Politik aus, die auch nachträglich nachweisen, daß der englische Bergarbeitertarif für die Betriebe nicht tragbar ist. Wenn Betriebe aber aus ihren Gegebenheiten nicht mehr die Kostenstellen decken können, sind sie unrentabel. Ohne Zweifel trifft das für die Mehrzahl der englischen Gruben zu und so steht seit langem die Sanierung der englischen Grubenbetriebe, die Rationalisierung, im Vordergrund der allgemeinen Erörterung.

Wenn die technische Seite des englischen Bergbaues selbst in Frage kommt, haben die Kohlenindustriellen sich bisher nach der Richtung ausgesprochen, daß die einzelnen Gruben eine Umstellung auf Wirtschaftlichkeit verschleppen, obwohl nur sie allein die Betriebe bei Zahlung des gegenwärtigen Tariflohnes wieder rentabel machen konnte. Die Folgen der englischen Subventionspolitik sind also in größtem Ausmaß bedenklich und zeigen wieder zur Fortsetzung in England noch zur Nachahmung in anderen Industrieländern. Außerdem kann selbst der scharfe Protektionismus dem englischen Bergbau jenen Schutz vor den technischen Umstellungen, wie ihn der deutsche Steintohlenbergbau zum Teil in den letzten zwei Jahren bewältigt hat, nicht erproben. Darüber herrscht sowohl in den Kreisen der Regierung als auch in den Kreisen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber Übereinstimmung. Das beweist u. a. der Bericht der englischen Kohlenkommission. Der Streit geht infolgedessen darum, wer die Kosten des Rationalisierungsprozesses trägt. Insbesondere kommt es den englischen Grubenunternehmern auf die Sicherung der Dividenden während der Rationalisierungsübergangszeit an. Sie ist nur nach Lage der Dinge durch die weitere Beherrschung der Auslandsmärkte auf Grund des bisher künstlich gehaltenen Preises, des Kohlendumpings, erreicht zu beaupten.

Die Regierung für eine solche Verschleuderung auf dem Weltmarkt können durch Kohlenreduktion oder durch weitere Zahlung von Kohlensubsidien geschaffen werden. Sichtlich ist die öffentliche Hand in England und auch die allgemeine englische Finanzkraft in der Lage, neben dem Rationalisierungsprozess auch noch ein gigantisches Kohlendumping zu finanzieren. Wenn das englische Unternehmertum im wohlverstandenen Interesse und gefällig von der Regierung aber auf eine Kohlenreduktion besteht, so soll man mit Fliegen mit einer Klappe gefangen werden. Eine Kohlenreduktion unter der Kohlensubvention zu gleicher Zeit eine Kohlenreduktion unter Dach und Fach, kann hat man eben einen Sieg von grundsätzlicher Entscheidung erlangen, und dieser Sieg dürfte das Signal für alle Industrien werden, die Kosten des in Europa bevorstehenden Wirtschaftskampfes auf die Arbeiterschaft abzuwälzen.

Wir wissen, daß nicht nur in England, sondern auch in anderen Ländern das Unternehmertum auf diese weittragende Entscheidung im englischen Bergbau wartet. Nicht nur aus reinen Erwerbsgründen züßel man in den europäischen Bergbaugruppen, um dem englischen Kapitalismus durch Kohlenreduktion nach dem Prinzip der beizupfropfen, dies Vorgehen hat ideale Gründe, Momente des Klassenkampfes mit. Sollte auch diese Entscheidung im englischen Bergbau zum Vorteil für eine ungeheure sozialreaktionäre Welle sein, unter der besonders der Lebensstandard der europäischen Arbeiterschaft leiden würde.

Auch die deutsche Arbeiterschaft muß sich darüber im Klaren sein. Ihre englischen Kollegen haben die Gefahr für den Lebens-







# Staatsberatung im Stadtparlament.

**Oberbürgermeister Dr. Rixe verteilte kommunalpolitische Prälimines. / Der Magistratsprerogative löblich vorzeitig den angefordigten „Staub“. / Der von der Sozialdemokratie geforderte Schulhausbau beschloffen. / „Generaldebatte“ zum Etat.**

Galle, den 4. Mai 1926.

Die achtzehnte Stadtbürgerversammlung sollte einen sogenannten großen Tag erleben. Einmal, da nach längerer Pause wieder eine Generaldebatte zum Haushaltsplan stattfinden würde. Es ist nun aber, weil ein Antrag des Bürgerklubs darüber sich nicht lösen ließ, doch schon — ja wohl! — Stadtbürgerversammlung der Magistratsfragen aufzuschieben droht. Weibes ist nicht einzuordnen. Abgesehen von einer in ihrem Aufbau und der logischen Konsequenz glänzenden Rede des sozialdemokratischen Fraktionsführers war nichts zu spüren von großzügigen kommunalpolitischen Gedanken. Es sei denn, daß man die reichlich halbtägige Erklärung des Magistratspräsidenten zu der die Öffentlichkeit in der letzten Zeit lebhaft beschäftigenden

Landarbeiterinnen auf dem südlichen Gute Hauptplatz einen Tagelohn von 2 Mk. unter Beibehaltung eines Depots von zwei Pfund Getreide und fünf Pfund Kartoffeln fordert, aus. Sowohl von dem kommunalistischen Arbeiter als auch vom Gewerkschaftler Albert Müller wurden dem Magistrat heftige Vorwürfe wegen seiner arbeitertöndlichen Einstellung gemacht. Dem von unteren Redner kritisierten Einwand, daß Tarifabschlüssen eine bessere Entlohnung hinderlich seien, nicht Geltung haben könne, verjagte der Magistratspräsident Stadtrat Richter mit ganz lendenlähmenden Erklärungen zu entkräften. Der Antrag wurde schließlich mit knapper Mehrheit angenommen, da auch die Sozialisten und ein Teil der demokratischen Stadtratsmitglieder für ihn stimmten.

zu erlauben, welche Gründe hierfür vorzulegen. Weiter fordern wir, daß endlich ein der Stadt Halle vorgelegter. Weiter fordern wir, Anwesenheit gebaut wird. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, sich der Jugend anzunehmen. Wir werden das Theater als Kulturstätte von Rang. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, sich der Jugend anzunehmen. Wir werden das Theater als Kulturstätte von Rang. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, sich der Jugend anzunehmen. Wir werden das Theater als Kulturstätte von Rang.

**Streikfrage wegen des Impumpwerkes in den Parkanlagen**  
Der Magdeburger Straße als solche fällt. Es war zweifellos ein der achtebsten Sachdang des Oberbürgermeisters, daß er nach vor Eintritt in die Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte. Aus technischen Gründen wüßte die Anlage eigentlich auf dem Altsiedelplatz oder in seiner unmittelbaren Nähe errichtet werden. Aus einer ganz anderen Überlegung, in der dem Magdeburger Straße als solche fällt. Es war zweifellos ein der achtebsten Sachdang des Oberbürgermeisters, daß er nach vor Eintritt in die Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte.

**Die Generaldebatte über den Haushaltsplan**  
sollte hierauf eingehen mit den angefordigten Reden der Fraktionsführer. Auch hier zeigte das Publikum wieder eine Enttäuschung. Statt der großartigen Entschloßene bemühte sich der Führer des Bürgerklubs, Prof. Dr. Steinbrück, mit einer wenig interessanten Erörterung, in der zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Rechte wohl dies und das am Etat auszuheben habe, aber enthielt sich, ihm in der vorliegenden Form auszuführen. Während der demagogischen Redner mit wenigen Worten nichts sagte, bemühte sich der kommunalpolitische Fraktionsführer, Stadt. Günther, nachzuweisen, daß man auch in anderen Ländern gerade abfolgt nichtsozial sein kann. Seine Rede war so langweilig, daß selbst der größte Teil seiner eigenen Fraktionsgenossen erkannte, daß es weit angenehmer sei, sich von der Güte der vom Rathausbauheren zu vernehmen, als die langweilige und monotone Wiederholung schon oft Gehörtem anzuhören.

der Wohnungsfrage wird weiter vermehrte Bereitstellung von Mitteln für Preistellen für unermittelte Kinder bei den höheren Schulen. — Der Ausbau der Handwerkerzelle ist ein dringendes Gebot. Endlich erwidern wir den Magistrat, bald das Haus der Arbeiter zu bauen. — Der Ausbau der Handwerkerzelle ist ein dringendes Gebot. Endlich erwidern wir den Magistrat, bald das Haus der Arbeiter zu bauen. — Der Ausbau der Handwerkerzelle ist ein dringendes Gebot. Endlich erwidern wir den Magistrat, bald das Haus der Arbeiter zu bauen.

er letzten Zeit lebhaft beschäftigenden Streikfrage wegen des Impumpwerkes in den Parkanlagen. Der Magdeburger Straße als solche fällt. Es war zweifellos ein der achtebsten Sachdang des Oberbürgermeisters, daß er nach vor Eintritt in die Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte.

Der sozialdemokratische Fraktionsführer.



von der einzige der die Aufgabe einer für die Stadt so wichtigen Stadtbürgerversammlung richtig erkannte. Er hielt sich den an der Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte.

**freie Abgabe der Schmiedel**  
für die Volks- und Mittelschulen, weiter vermehrte Bereitstellung von Mitteln für Preistellen für unermittelte Kinder bei den höheren Schulen. — Der Ausbau der Handwerkerzelle ist ein dringendes Gebot. Endlich erwidern wir den Magistrat, bald das Haus der Arbeiter zu bauen. — Der Ausbau der Handwerkerzelle ist ein dringendes Gebot. Endlich erwidern wir den Magistrat, bald das Haus der Arbeiter zu bauen.

er letzten Zeit lebhaft beschäftigenden Streikfrage wegen des Impumpwerkes in den Parkanlagen. Der Magdeburger Straße als solche fällt. Es war zweifellos ein der achtebsten Sachdang des Oberbürgermeisters, daß er nach vor Eintritt in die Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte.

**einige Sicherung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre.**  
Mit aller Entschiedenheit wird jedoch der Meinung gewisser politischer Kreise entgegengetreten werden, als ob die Gemeinden sich in glänzender Verhältnisse befänden. Durch das fortgesetzte Überleben dieser Situation hat sich die Ansicht sogar in den zum Ausdruck gekommenen Stellen der Reichsregierung festgesetzt. Das Schicksal von der Reichsregierung für die Gemeinden hat in pettenlich zur Bekämpfung der Steuerentlastung geführt. Nicht selten können wir deshalb dem Magistrat in seiner Verbindung, in der er von der kommunalistischen Fraktion „bricht“ wird haben schon oft davon gesprochen, daß die deutsche Wirtschaft nur mit ganz anderen Mitteln wieder in Gang gesetzt werden kann. Im den Reichsbürgern zu bedenken, daß der Magistrat den kommenden Winter geist, die holländischen Werke in veräußertet Weise herauszugeben. Das Geschehen soll 50.000 Mark, das Elektrizitätswerk 100.000 Mark, die Straßenbahn 200.000 Mark mehr zuzahlen. Die holländischen Werke sollen insgesamt 3.750.000 Mark auferlegen und somit 20,7 Prozent des Gesamtbudgets betragen, gegenüber dem Vorjahre von 15,8 Prozent im Jahr 1914 nur 13,4 Prozent. Statt um eine Ermäßigung aber eine Erhöhung zu bestehen, fordert der Magistrat, daß er sich bemüht ist, daß er den Werken mehr Blut entzieht, als es in deren Interesse liegt.

**einige Sicherung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre.**  
Mit aller Entschiedenheit wird jedoch der Meinung gewisser politischer Kreise entgegengetreten werden, als ob die Gemeinden sich in glänzender Verhältnisse befänden. Durch das fortgesetzte Überleben dieser Situation hat sich die Ansicht sogar in den zum Ausdruck gekommenen Stellen der Reichsregierung festgesetzt. Das Schicksal von der Reichsregierung für die Gemeinden hat in pettenlich zur Bekämpfung der Steuerentlastung geführt. Nicht selten können wir deshalb dem Magistrat in seiner Verbindung, in der er von der kommunalistischen Fraktion „bricht“ wird haben schon oft davon gesprochen, daß die deutsche Wirtschaft nur mit ganz anderen Mitteln wieder in Gang gesetzt werden kann.

er letzten Zeit lebhaft beschäftigenden Streikfrage wegen des Impumpwerkes in den Parkanlagen. Der Magdeburger Straße als solche fällt. Es war zweifellos ein der achtebsten Sachdang des Oberbürgermeisters, daß er nach vor Eintritt in die Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte.

**einige Sicherung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre.**  
Mit aller Entschiedenheit wird jedoch der Meinung gewisser politischer Kreise entgegengetreten werden, als ob die Gemeinden sich in glänzender Verhältnisse befänden. Durch das fortgesetzte Überleben dieser Situation hat sich die Ansicht sogar in den zum Ausdruck gekommenen Stellen der Reichsregierung festgesetzt. Das Schicksal von der Reichsregierung für die Gemeinden hat in pettenlich zur Bekämpfung der Steuerentlastung geführt. Nicht selten können wir deshalb dem Magistrat in seiner Verbindung, in der er von der kommunalistischen Fraktion „bricht“ wird haben schon oft davon gesprochen, daß die deutsche Wirtschaft nur mit ganz anderen Mitteln wieder in Gang gesetzt werden kann.

**einige Sicherung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre.**  
Mit aller Entschiedenheit wird jedoch der Meinung gewisser politischer Kreise entgegengetreten werden, als ob die Gemeinden sich in glänzender Verhältnisse befänden. Durch das fortgesetzte Überleben dieser Situation hat sich die Ansicht sogar in den zum Ausdruck gekommenen Stellen der Reichsregierung festgesetzt. Das Schicksal von der Reichsregierung für die Gemeinden hat in pettenlich zur Bekämpfung der Steuerentlastung geführt. Nicht selten können wir deshalb dem Magistrat in seiner Verbindung, in der er von der kommunalistischen Fraktion „bricht“ wird haben schon oft davon gesprochen, daß die deutsche Wirtschaft nur mit ganz anderen Mitteln wieder in Gang gesetzt werden kann.

er letzten Zeit lebhaft beschäftigenden Streikfrage wegen des Impumpwerkes in den Parkanlagen. Der Magdeburger Straße als solche fällt. Es war zweifellos ein der achtebsten Sachdang des Oberbürgermeisters, daß er nach vor Eintritt in die Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte.

**einige Sicherung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre.**  
Mit aller Entschiedenheit wird jedoch der Meinung gewisser politischer Kreise entgegengetreten werden, als ob die Gemeinden sich in glänzender Verhältnisse befänden. Durch das fortgesetzte Überleben dieser Situation hat sich die Ansicht sogar in den zum Ausdruck gekommenen Stellen der Reichsregierung festgesetzt. Das Schicksal von der Reichsregierung für die Gemeinden hat in pettenlich zur Bekämpfung der Steuerentlastung geführt. Nicht selten können wir deshalb dem Magistrat in seiner Verbindung, in der er von der kommunalistischen Fraktion „bricht“ wird haben schon oft davon gesprochen, daß die deutsche Wirtschaft nur mit ganz anderen Mitteln wieder in Gang gesetzt werden kann.

**einige Sicherung von 20 Prozent gegenüber dem Vorjahre.**  
Mit aller Entschiedenheit wird jedoch der Meinung gewisser politischer Kreise entgegengetreten werden, als ob die Gemeinden sich in glänzender Verhältnisse befänden. Durch das fortgesetzte Überleben dieser Situation hat sich die Ansicht sogar in den zum Ausdruck gekommenen Stellen der Reichsregierung festgesetzt. Das Schicksal von der Reichsregierung für die Gemeinden hat in pettenlich zur Bekämpfung der Steuerentlastung geführt. Nicht selten können wir deshalb dem Magistrat in seiner Verbindung, in der er von der kommunalistischen Fraktion „bricht“ wird haben schon oft davon gesprochen, daß die deutsche Wirtschaft nur mit ganz anderen Mitteln wieder in Gang gesetzt werden kann.

er letzten Zeit lebhaft beschäftigenden Streikfrage wegen des Impumpwerkes in den Parkanlagen. Der Magdeburger Straße als solche fällt. Es war zweifellos ein der achtebsten Sachdang des Oberbürgermeisters, daß er nach vor Eintritt in die Tagesordnung, also noch bevor der vom sogenannten Nationalen Ordnungsbund eingebrachte Antrag auf Einstellung des Baues der Impumpvorrichtung an der Parkstraße zur Beratung kam. Die Gründe drängte, die dem Magistrat zu einem selbstherrlichen Vorgehen benennen. Oberbürgermeister Dr. Rixe setzte sich lang und breit auseinander, daß trotz mehrmonatlangem Zögern kein geeigneter Platz für die im Bauprogramm des Elektrizitätswerkes vorgesehene Errichtung des Impumpwerkes gefunden werden konnte.





